



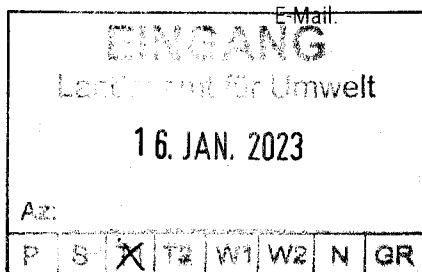
Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree * Regionale Planungsstelle
Eisenbahnstraße 140 * 15517 Fürstenwalde/Spree

Landesamt für Umwelt
Abteilung Technischer Umweltschutz 1
Seeburger Chaussee 2
14476 Potsdam OT Groß Glienicke



30939/22/0

Ansprechperson: [REDACTED]
Telefon: 03361 [REDACTED]
Fax: 03361 598 92 41
E-Mail: [REDACTED]
oderland-spree.de



Ort, Datum: Fürstenwalde/Spree,
11. Januar 2023

Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)
Antrag der Firma WP Booßen GmbH & Co. KG vom 27.10.2021 auf Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von 8 Windkraftanlagen am Standort: 15234 Frankfurt (Oder), Gemarkung Frankfurt (Oder), Flur 138, Flurstücke 321, 324, 326, 290 und 291, 285, 296, 311, 671

Reg.-Nr.: G04921

Stellungnahme der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree im Rahmen des Antrages auf Genehmigung (§ 4 BImSchG)

Ihre Email vom 6.1.2023

Sehr geehrter [REDACTED]

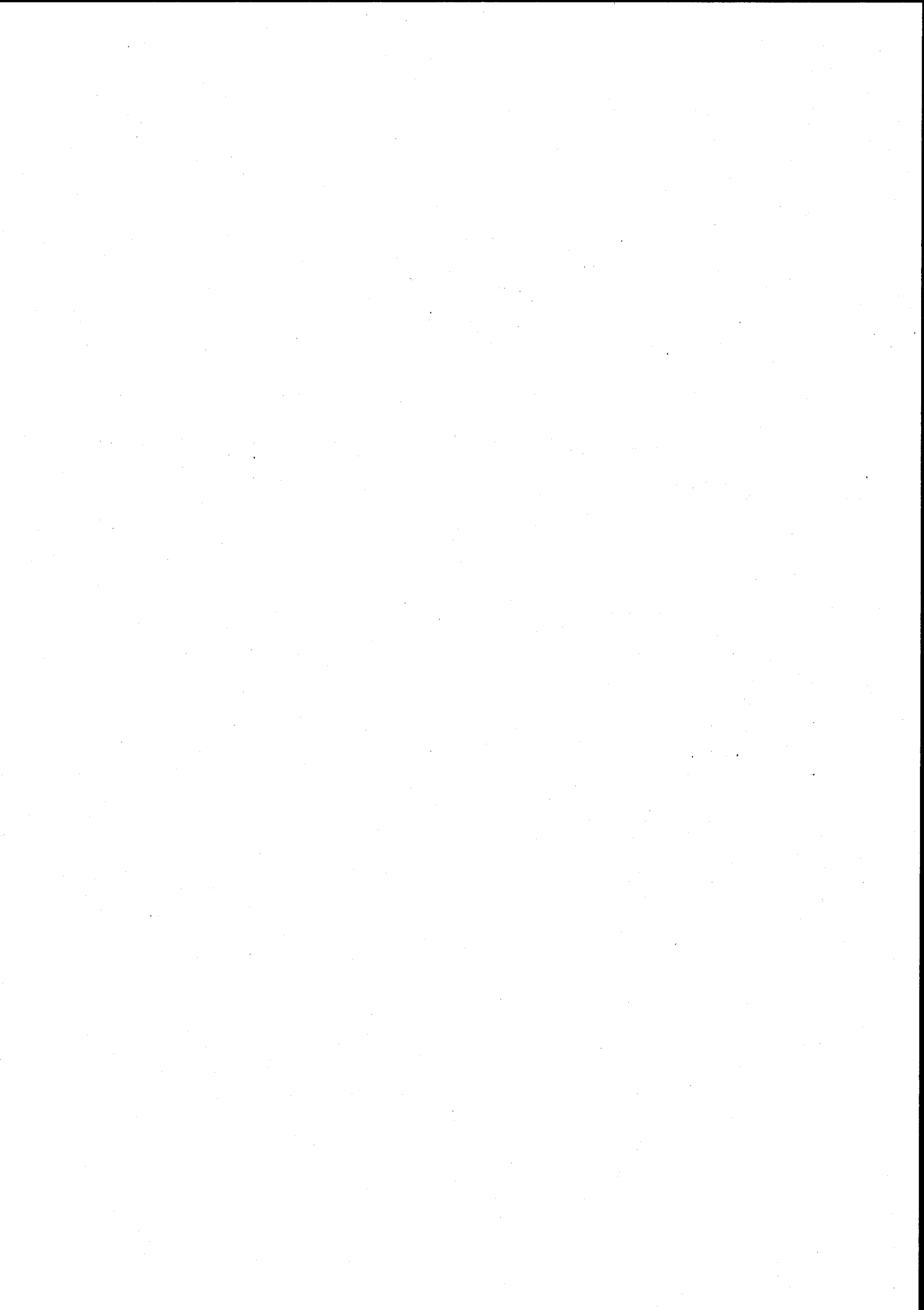
wir danken Ihnen für die erneute Beteiligung im oben genannten Verfahren und geben folgende Stellungnahme ab:

Den geplanten Anlagenstandorten stehen keine Ziele der Raumordnung entgegen.

Begründung: Der Sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ der Region Oderland-Spree (ABl. Nr. 41 vom 16.10.2018, S. 930) ist mit Veröffentlichung vom 12.01.2022 (ABl. Nr. 1, S. 27) unwirksam.

Die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree hat in Ihrer 06. Sitzung/07. Amtszeit am 13. Juni 2022 entsprechend § 2c Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes zur Regionalplanung und Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) vom 8. Februar 2012 (GVBl. I Nr. 13), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2021 (GVBl. I Nr. 19), die Einleitung des Planverfahrens für einen Sachlichen Teilregionalplan „Erneuerbare Energien“, der Ziele und Grundsätze der Raumordnung zur Steuerung der Planung und Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen und der Grundsätze der Raumordnung für die Planung und Errichtung solartechnischer Anlagen auf Freiflächen enthält, beschlossen.

Damit wurde die Neuaufstellung eines Regionalplans gemäß § 7 Abs. 1 Satz 3 ROG vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Art. 5 des Gesetzes vom 3. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2694) geändert worden ist, beschlossen.



Mit Bekanntmachung des Beschlusses durch die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg vom 20. Juli 2022 im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 28/2022 war in der gesamten Planungsregion Oderland-Spree nach § 2c Absatz 1 Satz 3 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) vom 8. Februar 2012 (GVBl. I Nr. 13), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2021 (GVBl. I Nr. 19), die Genehmigung raumbedeutsamer Windenergieanlagen theoretisch für zwei Jahre vorläufig unzulässig.

Die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg hat diese Bekanntmachung am 16. November 2022 mit Veröffentlichung im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 45/2022 aufgehoben. Hierfür wird nachfolgende Begründung gegeben:

„Die Aufhebung dient der Klarstellung. Das Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1353) entzieht den durch die vorgenannten Bekanntmachungen der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg ausgelösten befristeten Genehmigungsverboten nach § 2c Absatz 1 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Februar 2012 (GVBl. I Nr. 13), das zuletzt durch Gesetz vom 23. Juni 2021 (GVBl. I Nr. 19) geändert worden ist, die Grundlage. Bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land am 1. Februar 2023 steht fest, dass selbst bei Anwendung der im neuen Bundesrecht vorgesehenen Überleitungsregelungen in keiner Region die bisher durch § 2c Absatz 1 Satz 3 und 4 RegBkPIG gesicherten Rechtswirkungen des § 35 Absatz 3 Satz 3 des Baugesetzbuchs erreicht werden können. Die Rechtsgrundlage für ein [sic] das gesamte Gebiet einer Region betreffendes vorläufiges Genehmigungsverbot ist damit entfallen. Dies gilt entsprechend auch für landesplanerische Untersagungen im Einzelfall nach Artikel 14 des Landesplanungsvertrags, die auf Grund der neuen Rechtslage ebenfalls nicht in Betracht kommen.“

Es gilt die Privilegierung der Windkraft entsprechend den Ausführungen des BauGB § 35 Abs. 1 Nr. 5.

Mit freundlichen Grüßen



Leiter Regionale Planungsstelle

Verteiler
GL Ref. 5
Kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder)

